

„Das Monopoly wird weitergehen!“

Europawahl: DIE LINKE diskutierte mit den Gewerkschaften

Was ist aus Sicht der Gewerkschaften notwendig, um Europa sozial zu gestalten? Die Schweinfurter LINKE lud ein, diese Frage zu erörtern. In vertrauter Runde diskutierten im DGB-Haus bei Biergartenwetter und 25 Grad im Freien mit Reiner Gehring, dem stellvertretenden Regionalleiter der IG BAU Franken, der DGB-Jugendsekretärin Ulrike Eifler und Wolfgang Ziller, dem einstigen 2. Bevollmächtigten der IG Metall, drei Fachleute und forderten ein soziales Europa und ein Umdenken bei denjenigen, die aus ihrer Sicht verantwortlich sind für die große Wirtschaftskrise.



„Das Monopoly wird weitergehen“, befürchtet jedoch Ziller, der von „einer ungeheuren Orientierung nach Höchstprofit“ bei den Konzernen sprach und konkret am Beispiel Opel das festmachte. Nur für den großen Geldbeutel habe man dort produziert. Wenn die Finanzlücken aber gestopft sind, „dann stolpern wir hinein in die nächste Krise“. Und nicht nur in diesem Bereich, glaubt Ziller, sollte kein Umdenken stattfinden, das System sich ändere. „Für Konzernhirne sind die Menschen uninteressant. Ein Ackermann strebt schon wieder 25 Prozent Rendite an. Damit geht die Wirtschaft vor die Hunde. Solche Leute bereiten schon das nächste Monopoly vor“, so Ziller, der sagt: „Wir fordern über Jahre schon zu wenig Lohn. Das Geld fehlt, wenn nicht in die Realwirtschaft investiert wird, sondern zu Spekulationszwecken missbraucht wird.“ Das Kapital beherrsche mittlerweile ganz Europa. Die Gesellschaft müsse dann auch noch bezahlen, wenn Verantwortliche sich mit Papieren verspekuliert haben. „Dabei müssten genau sie das Geld zurückbringen!“ Zum Wohle des Profits seien längst europaweite Wanderungen von Arbeitern organisiert. „Arme werden so gegen Arme gehetzt!“

Was Reiner Gehring bestätigte, der die Krise im Baugewerbe noch nicht angekommen sieht, der sie aber zeitversetzt noch befürchtet. Wobei die Handwerksbetriebe und die Bauarbeiter in den letzten eineinhalb Jahrzehnten ohnehin „am meisten gebeutelt“ gewesen seien mit einer Halbierung von 1,4 Millionen auf rund 700.000 Beschäftigte bundesweit. „Und daran ist die EU an vielen Stellen schuld, so wie sie gelebt wird!“ Polnische oder tschechische Arbeitnehmer, die bei einem damaligen Tarifsatz von 22 Euro für fünf bis sieben Euro pro Stunde ihre Arbeitskraft anboten, würden mittlerweile der besseren Bezahlung wegen nach England gehen. In Polen hingegen werden die Einheimischen von Weißrussen verdrängt. dafür sind Deutsche mittlerweile Billiglöhner in der Schweiz. „Nur durch das Lohnniveau entsteht die Konkurrenz, nicht durch die Qualität“, denkt Gehring. „Das Streben nach mehr und der Kapitalismus“ sorgen dafür, „dass Arbeitnehmer gegeneinander in Europa ausgespielt werden.“



Gehring Groll: Am Beispiel Opel soll das Risiko verstaatlicht werden, nicht aber die Gewinne. „Wenn mein Steuergeld da reinfließt, dann will ich verdammt nochmal davon auch was haben. In Europa ist viel Geld vorhanden, nur eben in den falschen Händen. Deshalb hoffe ich, dass es bei den anstehenden Wahlen zu einem breiten linken Bündnis kommt.“ Um Wanderarbeiter in Europa zu vermeiden, müsse man eine eigene Bewegung organisieren, „damit wir uns in Europa nicht gegeneinander ausspielen lassen“. Forderungen nach einem europaweiten Mindestlohn würden sich aber so einfach nicht umsetzen lassen. „Weil wir die Leute nur schwer dazu bringen können, 15 % mehr zu fordern, wenn sie jeden

Tag hören, dass sie billig sein müssen. Weil sie sonst ihren Lob los sind. Mutiger und frecher werden" müsse man aber trotzdem, öfter wieder auf die Straße gehen. Wobei der Begriff „Mindestlohn" ohnehin gefährlich sei: Weil dadurch nicht mehr über den wesentlich höheren Tariflohn diskutiert werde. An sich müssten sich die Leute für diesen einsetzen, weil sonst ja Lohnsenkungen drohen. Ein „Europa der Menschen" ist für Reiner Gehring wichtig, ein Verbot der Leiharbeit im Baugewerbe ohnehin.



Für ein soziales Europa setze sich die LINKE ein, sei keinesfalls europafeindlich, so der Moderator und LINKE- Kreisvorsitzende Frank Firsching. Und man blicke durchaus bewusst auf andere Länder. In Skandinavien funktioniere der Binnenmarkt, so Ulrike Eifler. Hierzulande müsse man zumindest einen Mindestlohn einführen und die Hartz IV-Sätze heraufsetzen. „Das würde sofort die Binnennachfrage steigern und der Armut begegnen." Politischer Druck solle wieder auf der Straße erzeugt werden, so wie in Hessen die Studenten das mit ihrem Widerstand gegen die Studiengebühren schafften. „Politische Schweinereien wie den Sozialabbau" müsse man auf der Straße beantworten, um nicht zuzulassen, „dass wir diejenigen sind, die in der Wirtschaftskrise die Zeche zahlen".



Die DGB- Jugendsekretärin sieht Gründe für diese Krise: „Wir produzieren nicht mehr für den Bedarf, sondern für den Profit!" Überflüssige Nahrung werde auf komplizierten Wegen vernichtet, während täglich tausende Menschen weltweit am Hunger sterben. „Europa müssen wir von unten aufbauen", fordert Eifler. Und dabei in Deutschland einer „massiven Bildungsmisere" begegnen, mehr in diesem

Bereich investieren. Denn dramatisch sei, dass künftig wohl jeder vierte Betrieb hierzulande weniger ausbilden will. „Es muss ja auch danach übernommen werden!" Ohnehin sei die Bildung zu stark verknüpft mit der sozialen Herkunft. Die Folgen einer schlechten Ausbildung: „Ein schlechter Job, schlecht bezahlt!"

Einig waren sich die Diskutanten in der Notwendigkeit nach mehr Demokratie für Europa, der Forderung soziale Rechte höher zu bewerten als wirtschaftliche Freiheiten und dem Streben nach sozialen Mindeststandards in Europa, damit die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden können.

